

**Antrag 213/I/2024****AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****erledigt bei Annahme 212/I/2024 (Kein Konsens)****Bildung einer TaskForce zur Wiederherstellung staatlichen Handelns und schnelleren Abwicklung von Aufenthaltsverlängerungen**

1 Die Landesregierung Berlin bildet so schnell wie möglich  
2 eine ad-hoc TaskForce, bestehend aus Vertreter:innen der  
3 Innenverwaltung, der Integrations- sowie der Sozialver-  
4 waltung, des LEA sowie der Integrationsbeauftragten. Ziel  
5 ist es, eine klare Prioritätensetzung der Behörde und bal-  
6 dige Lösung für die unhaltbaren Zustände beim LEA zu fin-  
7 den, um endlich wieder eine fristgerechte Abwicklung der  
8 Verlängerungen von Aufenthaltstiteln in Berlin umzuset-  
9 zen.

10

11 Derzeit ist das Landeseinwanderungsamt (LEA) nicht in  
12 der Lage, den betroffenen Migrant:innen Anschlussver-  
13 längerungen binnen der Ablauffrist ihres Aufenthaltes  
14 zu ermöglichen. Durch seine Dysfunktionalität produziert  
15 der Staat damit Menschen mit illegalem Status. Dies führt  
16 dazu, dass zigtausende Migrant:innen wegen ihrer abge-  
17 laufenen Aufenthaltstitel keinen Job aufnehmen können  
18 oder ihn verlieren, keine Wohnung anmieten können oder  
19 aber nicht verreisen können, weil ihnen eine gültige Auf-  
20 enthaltsgenehmigung fehlt.

21

**22 Begründung**

23 Das Landesamt für Einwanderung kommt seiner staatli-  
24 chen Aufgabe derzeit ungenügend nach. Zentrale Aufga-  
25 be der Behörde ist die Erteilung von Aufenthaltstiteln, da-  
26 mit sich Eingewanderte und Geflüchtete legal in Deutsch-  
27 land aufhalten können. Die aktuellen Wartezeiten für ei-  
28 nen Termin beim LEA zur Verlängerung von Aufenthaltsti-  
29 teln beträgt derzeit bis zu sechs Monate. Dies führt aktuell  
30 dazu, dass sich hunderttausende von Migrant:innen oh-  
31 ne gültige und fristgerecht verlängerte Aufenthalte in Ber-  
32 lin aufhalten. Faktisch sind sie illegal, nicht etwa weil sie  
33 dies selbst verschulden, sondern weil die staatliche Behör-  
34 de LEA ihrer Aufgabe nicht nachkommt. Dies führt derzeit  
35 zu erheblichen Schwierigkeiten für die Betroffenen. Bis zu  
36 einem Termin für die Verlängerung einer Aufenthaltser-  
37 laubnis erhalten Betroffene auf Nachfrage lediglich eine  
38 standardisierte E-Mail, aus der ohne Nennung der Per-  
39 son und ohne amtlich beurkundete Bescheinigung her-  
40 vorgeht, dass der Aufenthalt grundsätzlich weiter rechtmäßig  
41 sei. Diese E-Mail wird von Dritten, etwa Vermietern, Arbeitgebern,  
42 Schulen oder Grenzbeamten in den allermeisten Fällen aber  
43 nicht anerkannt. Betroffene laufen daher akut Gefahr, ihre Arbeit  
44 zu verlieren, haben erhebliche Probleme bei der Wohnungssuche  
45 oder erhalten falls berechtigt, mangels gültiger Aufenthaltserlaubnis  
46 keine staatlichen Leistungen, zumindest nicht termingerecht.

47

48 Auch ist es den Betroffenen ohne gültige Papiere nicht  
49 möglich ein- und auszureisen, etwa um einen Jahresur-  
50 laub anzutreten oder ihre Familien in der ersten Heimat  
51 zu besuchen.

52

53 Dies betrifft nicht nur Geflüchtete, die sich erst seit Kur-  
54 zem in Berlin befinden, sondern auch Migrant:innen, die  
55 längst ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben  
56 und hier sozialversicherungspflichtig arbeiten aber noch  
57 keinen unbefristeten Aufenthalt haben, die also noch  
58 nicht im Besitz einer Niederlassungserlaubnis sind. Sie  
59 sind auf jährliche oder zweijährliche fristgerechte Ver-  
60 längerungen ihrer Aufenthaltstitel angewiesen, damit sie  
61 und ihre Familien sich legal in Deutschland aufhalten und  
62 hier arbeiten können.

63

64 Durch die Bildung einer TaskForce muss die Landesverwal-  
65 tung das Ziel verfolgen, berechtigte Aufenthalte schnellst-  
66 möglichst und amtlich nachvollziehbar legal zu verlän-  
67 gern. Dazu muss die Aufenthaltsverlängerung neben der  
68 Einbürgerung zur obersten Priorität des LEA erklärt wer-  
69 den. Durch die Zusammenarbeit der Innenfachleute mit  
70 den Berater:innen der Integrationsbehörde soll eine Pro-  
71 blemorientierung gewährleistet sein, die nah an den Be-  
72 dürfnissen der Betroffenen ist und die den Staat wieder  
73 handlungsfähig macht.